

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Reinhard Houben, Michael Theurer, Dr. Marcel Klinge, Dr. Martin Neumann, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Till Mansmann, Roman Müller-Böhm, Frank Müller-Rosentritt, Bernd Reuther, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Benachteiligung minderjähriger Gründer in Deutschland

Junge Menschen in Deutschland streben ins Unternehmertum. Eine repräsentative Umfrage der Initiative „Startup Teens“ hat ergeben, dass 49 Prozent der befragten Schülerinnen und Schüler später ein eigenes Unternehmen gründen wollen. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov, sind es sogar 70 Prozent der 16- bis 25-Jährigen in Deutschland, die das möchten. Leider setzt nur ein Bruchteil dieser Jugendlichen ihr Vorhaben in die Tat um. Schuld daran sind mitunter fehlender Unterricht, um dieses Interesse zu pflegen und zu erweitern sowie die extremen bürokratischen und rechtlichen Hürden, mit denen minderjährige Gründer und Unternehmer in Deutschland konfrontiert sind.

Damit ein Bürger unter 18 Jahren in Deutschland überhaupt ein Unternehmen gründen darf, braucht er beispielsweise nicht nur die Einverständniserklärung von beiden Elternteilen, sondern zusätzlich auch das Einverständnis des Familiengerichts. Familiengerichte haben selten einen Bezug zu Unternehmertum und Gründungen. Aktuelle Untersuchungen des Global Entrepreneurship Monitor belegen zudem, dass Länder, die Entrepreneurship verstärkt in der Schule behandeln, deutlich mehr Gründungen haben und diese nachhaltig erfolgreicher sind. Von 54 untersuchten Ländern liegt Deutschland weit abgeschlagen auf Platz 36 (<https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-wie-wir-in-vier-schritten-zu-einer-neue-gruenderkultur-gelangen/26113068.html?ticket=ST-7445832-laUFGdaBBfITeEyn2uPA-ap6>; <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/beruf-und-buero/buero-special/kinderzimmer-bosse-gute-ideen-viel-buerokratie-gruender-unter-18-haben-es-oft-schwer/26046814.html>).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Bedeutung minderjähriger Gründer und Unternehmer in Deutschland?
2. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Medienbericht, nach dem rechtliche und bürokratische Hürden für minderjährige Gründer in Deutschland bestehen (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
3. Inwiefern teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass minderjährigen Unternehmern Gründungen in Deutschland erleichtert werden sollten?
Wenn nein, warum nicht?
4. Wie viele minderjährige Unternehmer gibt es, nach Kenntnis der Bundesregierung, aktuell in Deutschland?
5. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Umgang von Familiengerichten mit Ermächtigungen bzw. Genehmigungen für minderjährige Unternehmer für ihr eigenes Handeln?
6. Wie viele Anfragen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung bei Familiengerichten bezüglich Genehmigungen für minderjährige Unternehmer in Deutschland in den letzten drei Jahren, und wie viele davon wurden abgelehnt?
7. Inwiefern sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf bei der Änderung von Gesetzen und Richtlinien, um minderjährigen Gründern den Einstieg ins Unternehmertum zu erleichtern?
Welche Möglichkeiten für Änderungen sieht die Bundesregierung aktuell?
8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Idee, dass Minderjährige eine „Junior GbR“ ohne richterliche Zustimmung mit einer jährlichen Umsatzdeckung von 10 000 Euro gründen können?
Welche ähnlichen Konzepte könnte sich die Bundesregierung vorstellen?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass für Jungschauspieler und angehende Profisportler laut Medienberichten (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) oft Lösungen für verpassten Schulunterricht gefunden werden, für junge Unternehmer aber nicht?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung eine Öffnung von haftungsbeschränkten Unternehmungsgesellschaften (UG) für 16-Jährige?
Gibt es Überlegungen, diese Rechtsform für unter 18-Jährige zu öffnen?
11. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Untersuchungen des Global Entrepreneurship Monitor bezüglich des Zusammenhangs zwischen Entrepreneurships an Schulen sowie Gründungen im Land?
12. Wie erklärt sich die Bundesregierung das Abschneiden Deutschlands in der Untersuchung (Platz 36 von 54 untersuchten Ländern, vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
Welchen Verbesserungsbedarf sieht die Bundesregierung diesbezüglich in Deutschland?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, an deutschen Schulen mehr über Wirtschaft und Entrepreneurship zu lernen?
Welche Initiativen dazu unterstützt die Bundesregierung in den verschiedenen Ländern?

14. Inwiefern ist die Bundesregierung der Auffassung, dass an deutschen Schulen mehr wirtschaftliche Schwerpunkte gesetzt werden sollten?
Welche Auffassung haben nach Kenntnis der Bundesregierung die einzelnen Länder dazu?
15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, an deutschen Schulen mehr über Programmierung zu lernen?
Welche Initiativen dazu unterstützt die Bundesregierung in den verschiedenen Ländern?
16. Inwiefern ist die Bundesregierung der Auffassung, dass an deutschen Schulen mehr Programmierung gelehrt werden sollte?
Welche Auffassung haben nach Kenntnis der Bundesregierung die einzelnen Länder dazu?

Berlin, den 10. September 2020

Christian Lindner und Fraktion

